

Verordnung

Über die Malz- und Gerstenkontingente der Bierbrauereien sowie den Malzhandel. Vom 7. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Bierbrauereien dürfen vom 1. Oktober 1916 an in jedem Kalendervierteljahr nur 48 Hundertteile der Malzmenge zur Herstellung von Bier verwenden, die sie in dem entsprechenden Kalendervierteljahre der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich verwendet haben. Jedoch dürfen Bierbrauereien, deren vierteljährliche durchschnittliche Malzverwendung in den Jahren 1912 und 1913 40 Doppelzentner nicht überstiegen hat, 56 Hundertteile verwenden. Bierbrauereien, deren vierteljährliche durchschnittliche Malzverwendung 40 Doppelzentner überstiegen hat, dürfen mindestens 22,4 Doppelzentner im Vierteljahre verwenden.

In den Fällen des § 2 Satz 2 und 3 der Bekanntmachung betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien, vom 15. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) dürfen die Bierbrauereien vier Fünftel der Menge verwenden, die die Steuerdirektivbehörde festgesetzt hat.

§ 2. Die zuständige Steuerbehörde setzt für jede Bierbrauerei die Malzmengen fest, die nach § 1 in den einzelnen Kalendervierteljahre zur Herstellung von Bier verwendet werden dürfen (Malzkontingent).

§ 3. Hat eine Bierbrauerei in einem Kalendervierteljahre ihr Malzkontingent nicht voll verwendet, so darf sie den ersparten Teil in den folgenden Vierteljahre des mit dem 30. September endenden Kontingentjahres verwenden.

Soweit die für das letzte Vierteljahr eines Kontingentjahres festgesetzten Malzmengen nicht verwendet sind, dürfen sie in dem ersten Vierteljahr des folgenden Kontingentjahres verwendet werden.

§ 4. Bierbrauereien können ihre Malzkontingente für das laufende Kontingentjahr und vom 15. August an für das nächstfolgende Kontingentjahr ganz oder teilweise auf eine andere Bierbrauerei innerhalb des nämlichen Brauereigebiets zum Zwecke der eigenen Verwendung im Betriebe der erworbenen Bierbrauerei übertragen. Die Übertragung ist nur zulässig, wenn gleichzeitig die entsprechenden Gerstenkontingente (§ 20) der Bekanntmachung über Gerste aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916, Reichs-Gesetzblatt S. 800) mit übergehen oder die entsprechenden Malz- oder Gerstenmengen mitgeliefert werden.

Verträge über die Übertragung von Malzkontingenten dürfen im Gebiete der Norddeutschen Brauereiergemeinschaft nur durch Vermittlung der Reichsbrauereiergemeinschaft m. b. H., Vermittlungsstelle für Kontingentübertragung in Berlin, und in den übrigen Brauereigebieten nur durch Vermittlung einer von den Landeszentralbehörden zu bestimmenden Zentralstelle zu den von diesen Stellen genehmigten Bedingungen abgeschlossen werden. Verträge, die über die Übertragung der für das Kontingentjahr 1916/17 festzusetzenden Kontingente vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ohne Vermittlung der im § 1 der Verordnung, betreffend Übertragung von Malzkontingenten, vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 170) bezeichneten Stellen abgeschlossen sind, sind nichtig.

§ 5. Hat eine Bierbrauerei auf ihr Kontingent für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Oktober 1916 mehr Gerste oder Malz erhalten, als ihrem Kontingent für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916 entspricht, so sind die Mehrmengen, soweit nicht ihre Verarbeitung für Heereszwecke außerhalb des Malzkontingents stattgefunden hat, als Lieferung auf das Gerstenkontingent anzurechnen, das für sie nach § 20 Abs. 1 und 2 der Verordnung über Gerste aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 800) festgesetzt wird.

Die Reichsfuttermittelstelle trifft die näheren Bestimmungen.

§ 6. Verträge zwischen Bierbrauereien und Dritten, durch die eine Verpflichtung zur Lieferung oder zum Bezuge von Bier über das zurzeit des Vertragsabschlusses laufende Kontingentjahr hinaus begründet wird, dürfen nicht vor dem 15. August und nur für die Dauer des nächstfolgenden Kontingentjahres abgeschlossen werden.

Verträge der im Abs. 1 bezeichneten Art, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung, aber nach dem 15. Februar 1915 abgeschlossen sind, sind insoweit nichtig, als sie eine Verpflichtung zur Lieferung oder zum Bezuge von Bier über den 1. Oktober 1917 hinaus begründen.

§ 7. Betriebe mit Malz- oder Gerstenkontingent dürfen Malz oder Gerste an Dritte nur veräußern, wenn sie gleichzeitig den entsprechenden Teil ihres Kontingents übertragen.

Die Malzereien haben das gesamte, aus der Gerste hergestellte Malz an den Betrieb abzuliefern, aus dessen eigenem oder erworbenem Kontingent die verarbeitete Gerste herrührt.

§ 8. Als Malz im Sinne der Verordnung ist sowohl Gersten- wie Weizenmalz anzusehen.

§ 9. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 10. Bestimmungen zur Ausführung des § 4 können für das Gebiet der Norddeutschen Brauereiergemeinschaft von dem Reichskanzler, für die übrigen Brauereigebiete von den Landeszentralbehörden erlassen werden.

Im übrigen überlassen die Landeszentralbehörden die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 11. Die Landeszentralbehörden können anordnen, daß landbesitzend festgesetzte Rechte der Bierbrauer auf Ausschank des eigenen Erzeugnisses für die Dauer der gesetzlichen Einschränkung der Malzverwendung auch auf fremdes Bier ausgedehnt werden.

§ 12. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft:

1. wer mehr als die zulässige Malzmenge verwendet;
2. wer für die Übertragung von Malz- oder Gerstenkontingenten oder für die bei der Übertragung von Malzkontingenten erfolgende Veräußerung von Malz oder Gerste Vorteile gewährt, annimmt, verspricht oder sich versprechen läßt, die in den von der Vermittlungsstelle (§ 4 Abs. 2) genehmigten Bedingungen nicht enthalten sind;
3. wer den Vorschriften in § 6 Abs. 1, § 7 oder nach § 9 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorläufiger Zuwiderhandlung können neben der Strafe die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, und im Falle einer unzulässigen Verwendung die daraus hergestellten Erzeugnisse eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 13. Die Verordnung vom 15. Februar 1915, betreffend Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien (Reichs-Gesetzbl. S. 97), vom 31. Januar 1916 über die Verabfolgung der Malz- und Gerstenkontingente der gewerblichen Bierbrauereien für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 77), vom 16. März 1916, betreffend Übertragung von Malzkontingenten (Reichs-Gesetzbl. S. 170) und vom 4. Mai 1916 über das Verbot des Malzhandels (Reichs-Gesetzbl. S. 355) werden aufgehoben.

§ 14. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Berlin, den 7. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Verordnung

über zuderhaltige Futtermittel. Vom 5. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Den Vorschriften dieser Verordnung unterliegen nachstehend aufgeführte Gegenstände (zuderhaltige Futtermittel):

Melasse,

Melassefuttermittel,

Schnitzel, nass oder getrocknet (Rübenschnitzel, Melasse-schnitzel, Zuckerschnitzel).

Etwa bestehende, noch unerfüllte Lieferungsverträge begründen keine Ausnahme von den Vorschriften dieser Verordnung.

§ 2. Zuderhaltige Futtermittel dürfen nur durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H. in Berlin, abgesetzt werden.

Dies gilt nicht in folgenden Fällen:

1. Die Landesfuttermittelstellen, die von diesen bestimmten Stellen, die Kommunalverbände und die vom Reichskanzler bestimmten besonderen Stellen (§ 11) dürfen zuderhaltige Futtermittel, die sie von der Bezugsvereinigung zum Zwecke des Absatzes erhalten haben, absetzen, soweit der Absatz unter Einhaltung der nach §§ 11, 12 getroffenen Anordnungen erfolgt.
2. Rübenverarbeitende Zuderfabriken dürfen höchstens

75 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden nassen Schnitzel in Form von nassen Schnitzeln oder die entsprechende Menge in Form von Trockenschnitzeln oder Melasse-schnitzeln,

40 vom Hundert des Gesamtgewichts der anfallenden Zuckerschnitzel (Stenische Bräuschnitzel) an die rübenliefernden Landwirte zurückerliefern. Ein Teil Trockenschnitzel oder Melasseschnitzel ist mindestens 10 Teilen nasser Schnitzel gleichzusetzen.

Zuderfabriken dürfen ihren Schnitzeln Melasse eigener Erzeugung antrocknen, doch darf im ganzen nicht mehr Melasse ange-

trocknet werden, auf einem halben vom Hundert des Gesamtgewichts der auf Zucker zu verarbeitenden Rüben entspricht.

§ 3. Wer bei Beginn eines Kalendervierteljahres zuderhaltige Futtermittel in Gewahrsam hat, hat die zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Mengen, getrennt nach Arten und Eigentümern, unter Nennung der letzteren, der Bezugsvereinigung anzuzeigen. Die Anzeigen sind jeweils bis zum 5. Tage des Kalendervierteljahres zu erstatten. Die Anzeigepflicht gilt nicht für die gemäß § 2 Absatz 2 Nr. 1 abgegebenen Mengen und nicht für Landwirte hinsichtlich der nach § 2 Absatz 2 Nr. 2 ihnen gelieferten Schnäbel.

Zuckerfabriken haben bis zum 5. Tage jedes Kalendervierteljahres anzuzeigen, welche Mengen Melasse und Schnäbel sie in dem laufenden Kalendervierteljahre voraussichtlich herstellen werden. Hierbei ist anzugeben, wieviel Schnäbel sie auf Grund des § 2 Absatz 2 Nr. 2 an die rübenliefernden Landwirte zurückliefern.

Die Anzeigepflichtigen haben zugleich anzugeben, ob und wie lange sie die Gegenstände ohne wesentliche Störung ihres Betriebes nach Maßgabe der vorhandenen Einrichtungen aufbewahren können.

§ 4. Die Eigentümer von zuderhaltigen Futtermitteln haben diese der Bezugsvereinigung auf Verlangen käuflich zu überlassen und auf deren Abruf zu verladen. Sie haben die Vorräte bis zur Abnahme aufzubewahren, pfleglich zu behandeln und in handelsüblicher Weise zu verpacken. Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen hierüber erlassen.

Rübenverarbeitende Zuckerfabriken haben die Schnäbel, deren käufliche Überlassung die Bezugsvereinigung verlangen kann, soweit sie Anlagen dazu besitzen, zu trocknen.

Die Vorschriften im Absatz 1 gelten nicht für

1. die im § 2 Absatz 2 Nr. 1 genannten Mengen;
2. Schnäbel, die von Zuckerfabriken auf Grund des § 2 Absatz 2 Nr. 2 an die rübenbauenden Landwirte zurückgeliefert und von diesen im eigenen Betriebe verfüttert werden.

§ 5. Die Bezugsvereinigung hat auf Antrag des Eigentümers binnen 14 Tagen nach Eingang des Antrags zu erklären, welche bestimmt zu bezeichnenden Mengen sie übernehmen will. Für die Mengen, welche die Bezugsvereinigung hiernach nicht übernehmen will, erlischt die Absatzbeschränkung nach § 2. Das gleiche gilt, soweit die Bezugsvereinigung eine Erklärung binnen der Frist nicht abgibt.

Alle Mengen, die hiernach dem Absatz durch die Bezugsvereinigung vorbehalten sind, müssen von ihr abgenommen werden. Der Eigentümer hat der Bezugsvereinigung anzuzeigen, von welchem Zeitpunkt ab er zur Lieferung bereit ist. Erfolgt die Abnahme nicht binnen 4 Wochen nach diesem Zeitpunkt, so ist der Kaufpreis binnen weiteren 14 Tagen zu entrichten und vom Ablauf der Abnahmefrist ab mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskont zu verzinsen. Mit dem Zeitpunkt, an dem die Verzinsung beginnt, geht die Gefahr des zufälligen Verderbens oder der zufälligen Wertverminderung auf die Bezugsvereinigung über. Für die Aufbewahrung, pflegliche Behandlung und Versicherung (§ 4 Abs. 1) erhält der Eigentümer vom Zeitpunkt des Gefahrüberganges ab eine Vergütung, deren Höhe der Reichskanzler festsetzt. Der Eigentümer hat nach näherer Anweisung des Reichskanzlers Feststellungen darüber zu treffen, in welchem Zustand sich die Gegenstände im Zeitpunkt des Gefahrüberganges befinden; im Streitfall hat er den Zustand nachzuweisen.

Die Bezugsvereinigung ist zur Abnahme verpflichtet, sobald der Eigentümer durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde nachweist, daß eine weitere Lagerung ihm nicht möglich ist.

Die Melasse darf auch nach dem Zeitpunkt des Gefahrüberganges (Abs. 2 Satz 4) ungetrennt von den übrigen Melassmengen aufbewahrt werden, wenn die getrennte Aufbewahrung nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen möglich ist.

§ 6. Die Bezugsvereinigung hat dem Eigentümer für die von ihr abgenommenen Mengen einen angemessenen Übernahmepreis zu zahlen. Dieser Preis darf die vom Reichskanzler bestimmten Grenzen nicht übersteigen.

Ist der Verkäufer mit dem von der Bezugsvereinigung gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Schiedsgericht unter Ausschluß des Rechtswegs den Preis endgültig fest. Das Schiedsgericht ist an die nach Absatz 1 bestimmten Preisgrenzen gebunden. Es bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Bei der Festsetzung ist der Preis zu berücksichtigen, der zur Zeit des Gefahrüberganges (§ 5 Abs. 2 Satz 4) angemessen war. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Übernahmepreises zu liefern, die Bezugsvereinigung vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Das Schiedsgericht wird von der Landeszentralbehörde bestellt. Zuständig ist das Schiedsgericht des Bezirkes, aus dem die Lieferung erfolgen soll.

§ 7. Erfolgt die Überlassung nicht freiwillig, so kann das Eigentum auf Antrag der Bezugsvereinigung durch Anordnung der zuständigen Behörde auf sie oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen werden. Die Anordnung ist an den

Eigentümer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Eigentümer zugeht. Zuständig ist die Behörde des Bezirkes, aus dem die Lieferung erfolgen soll.

§ 8. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme, soweit sie nicht nach § 5 Abs. 2 Satz 3 früher zu erfolgen hat. Für streitige Restbeträge beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Schiedsgerichts der Bezugsvereinigung zugeht.

§ 9. Die Futtermittel sind, vorbehaltlich der Vorschrift des Abs. 2, zu den Einheitspreisen zu liefern, die der Reichskanzler festsetzt. Bei Beförderung mit der Eisenbahn ist die Lieferung frei der Bestimmungslation zu bewirken.

Die Bezugsvereinigung darf zu diesen Einheitspreisen einen Zuschlag von 3 vom Hundert erheben.

Die Zuschläge, welche die Weiterverkäufer erheben dürfen, werden durch die Landeszentralbehörden festgelegt.

§ 10. Die Bezugsvereinigung darf von dem Umsatz 2 vom Tausend als Vermittelungsvergütung zurückbehalten.

Im übrigen ist der Reingewinn zur Beschaffung von Futtermitteln aus dem Ausland nach den Weisungen des Reichskanzlers zu verwenden. Ueber den etwa verbleibenden Rest verfügt der Reichskanzler.

§ 11. Die Bezugsvereinigung hat die zuderhaltigen Futtermittel an die Landesfuttermittelstellen, an die von diesen bestimmten Stellen, an die Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler bestimmten besonderen Stellen zu liefern. Die Lieferung erfolgt nach den Weisungen der Reichsfuttermittelstelle.

§ 12. Die im § 11 genannten Stellen haben ihren Abnehmern für Weiterverkäufe bestimmte Bedingungen und Preise vorzuschreiben und ihre Einhaltung zu überwachen. Sie haben insbesondere vorzuschreiben, daß die zuderhaltigen Futtermittel nur zur Viehfütterung innerhalb ihres Bezirkes verwendet werden dürfen.

§ 13. Wer Melassebassins oder Melassefesselwagen besitzt, hat dies der Bezugsvereinigung unter Mitteilung des Fassungsvermögens und der Anzahl bis zum 5. Tage jedes Kalendervierteljahres anzuzeigen.

Auf Verlangen der Bezugsvereinigung haben die Besitzer von Melassebassins Melasse auf Lager zu nehmen, zu verpacken und pfleglich zu behandeln. Besitzer von Melassefesselwagen und Melassefässern diese der Bezugsvereinigung miethweise zu überlassen. Der Reichskanzler setzt die zu zahlende Vergütung fest.

Der Reichskanzler kann nähere Bestimmungen erlassen; er kann die in Absatz 1 und 2 bezeichneten Verpflichtungen auf die Besitzer anderer zur Lagerung von Melasse geeigneter Einrichtungen ausdehnen.

§ 14. Melasse darf, abgesehen von dem Falle des § 2 Absatz 2 Nr. 2, nur mit Zustimmung der Bezugsvereinigung verarbeitet werden.

Zuckerfabriken und Melassemischanstalten haben auf Verlangen der Bezugsvereinigung aus eigener oder ihnen zugewiesener Melasse Melassemischfutter herzustellen, soweit sie nach ihren Betriebsverhältnissen hierzu in der Lage sind. Soweit nicht § 6 Absatz 1 greift, kann die Reichsfuttermittelstelle die Vergütung festsetzen.

§ 15. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung und die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H.

Sie beziehen sich nicht auf zuderhaltige Futtermittel, die nach dem 28. Januar 1916 aus dem Ausland eingeführt sind.

§ 16. Streitigkeiten, über die sich aus den §§ 4, 5, 13, 14 ergebenden Verpflichtungen der Eigentümer von zuderhaltigen Futtermitteln, der Zuckerfabriken, der Besitzer von Melassebassins, Melassefesselwagen, Melassefässern und anderen zur Lagerung von Melasse geeigneten Einrichtungen sowie der Melassemischanstalten entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Für Erfüllung der Verpflichtungen aus § 14 Absatz 2 können die Fabriken und Melassemischanstalten durch Ordnungsstrafen bis zu zehntausend Mark von der höheren Verwaltungsbehörde angehalten werden. Gegen die Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde ist die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig, die endgültig entscheidet. Durch Einlegung der Beschwerde wird die Vollstreckung der festgesetzten Strafe nicht ausgesetzt. Die Ordnungsstrafe kann wiederholt festgesetzt werden, falls der Verpflichtete innerhalb einer von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzten Frist seiner Verpflichtung nicht nachkommt.

Zuständig ist die höhere Verwaltungsbehörde des Bezirkes, in dem der Verpflichtete seine gewerbliche Niederlassung oder im Ermangelung einer solchen seinen Wohnsitz hat.

§ 17. Die Landeszentralbehörden können Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung erlassen. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, zuständige Behörde und als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 18. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer dem § 2 zuwider zuderhaltige Futtermittel in anderer Weise als durch die Bezugsvereinigung absetzt;
2. wer die ihm nach §§ 3, 13 obliegenden Anzeigen nicht in der gesetzten Frist erstattet oder wer offensichtlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;

3. wer der Verpflichtung zur Aufbewahrung, pflegerischen Behandlung und Versicherung (§ 4 Abs. 1) zum Trocknen der Schnübel (§ 4 Abs. 2), zur Lagerung und pflegerischen Behandlung von Melasse oder zur Ueberlassung der Melassefässer (§ 13) zuwiderhandelt;
4. wer den ihm auf Grund des § 12 auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt;
5. wer ohne Zustimmung der Bezugsvereinigung Melasse verarbeitet (§ 14);
6. wer den auf Grund des § 17 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

In den Fällen der Nr. 1, 2 können neben der Strafe die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 19. Lieferungsverpflichtungen, welche infolge eines auf Grund der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614) ausgesprochenen Ueberlassungsverlangens seitens der Bezugsvereinigung entstanden sind, werden durch diese Verordnung nicht berührt; insbesondere bleiben für den Uebernahmepreis die bisherigen Vorschriften maßgebend. Soweit zuderhaltige Futtermittel vor dem 6. Oktober 1916 von den im § 11 genannten Stellen bestellt worden sind, richtet sich der Verbraucherpreis nach den bisherigen Bestimmungen. Im übrigen tritt mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung die Verordnung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 614) außer Kraft. Die Bekanntmachung, betreffend die Preise für zuderhaltige Futtermittel, vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 620) wird aufgehoben.

Soweit in Verordnungen auf Vorschriften der Verordnung vom 25. September 1915 verwiesen ist, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften dieser Verordnung.

§ 20. Der Reichskanzler kann von den Vorschriften dieser Verordnung Ausnahmen gestatten. Er ist ermächtigt, die Vorschriften dieser Verordnung auf andere als die im § 1 genannten Gegenstände auszudehnen.

§ 21. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 5. Oktober 1916.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über zuderhaltige Futtermittel. Vom 14. Oktober 1916.

Auf Grund von § 17 der Bundesratsverordnung über zuderhaltige Futtermittel vom 5. Oktober 1916 (R.-G.-Bl. S. 1114 ff.) wird das Folgende bestimmt:

§ 1. Im Sinne der Verordnung ist

- a) nach deren § 16 höhere Verwaltungsbehörde die Großh. Provinzialdirektion und Aufsichtsbehörde unsere Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe;
- b) zuständige Behörde das Kreisamt;
- c) Kommunalverband das Großherzogtum.

§ 2. Mit der Uebernahme, Verteilung und Abgabe der Futtermittel wird die Landesverteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt beauftragt.

§ 3. Nach § 6 der Bundesratsverordnung wird ein Schiedsgericht für das Großherzogtum mit dem Sitz in Darmstadt bestellt.

Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden von dem Großh. Ministerium des Innern, Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ernannt. Die Beisitzer werden ehrenamtlich von dem Vorsitzenden berufen. Die Landwirtschaftskammer und der Vorstand der hessischen Handelskammern werden der vorgenannten Ministerialabteilung Vorschlagslisten einreichen. Zu jeder Sitzung ist nach diesen Listen je ein von der Landwirtschaftskammer und dem Vorstand der hessischen Handelskammern vorgeschlagener Beisitzer zu berufen. Die Beisitzer sind vor ihrem Amtsantritt durch den Vorsitzenden durch Handschlag an Eidesshaft zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes und zur Amtsverschwiegenheit zu verpflichten.

§ 4. Die Zuschläge nach § 9 Abs. 3 der Bundesratsverordnung werden auf 3 v. H. festgesetzt.

Darmstadt, den 14. Oktober 1916.
Großherzogliches Ministerium des Innern.
J. B.: Schliephake.

Bekanntmachung

Auf Grund von § 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuttwaren, vom 28. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1080) wird als Vorsitzender und als sein Stellvertreter der bei den amtlichen Handelsvertretungen (Großh. Handelskammern) zu bildenden Schiedsgerichte der Vorsitzende der Großh. Handelskammer und dessen Stellvertreter ernannt. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 2 Absatz 2 ist das Kreisamt des Wohnortes des zu Verpflichtenden.

Darmstadt, den 12. Oktober 1916.
Großherzogliches Ministerium des Innern.
J. B.: Dr. Wagner.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir beauftragen Sie, die nachstehende Verordnung und Bekanntmachung alsbald in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen.

Gießen, den 18. Oktober 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Verordnung

über Höchstpreise für Äpfel. Vom 7. Oktober 1916.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird verordnet:

§ 1. Der Preis für Äpfel aus der Ernte 1916 darf einschließlich der Erntekosten bei der Veräußerung durch den Erzeuger (auch Händler) für geschälte und für Volläpfel 7,50 Mark, für gepflückte Äpfel 12 Mark für den Zentner nicht übersteigen. Diese Preise erhöhen sich beim Verkaufe durch den Kleinhandel an den Verbraucher um 5 Mark für den Zentner. Ausgenommen von der Preisvorschrift des Abs. 1 sind Tafeläpfel. Als Tafeläpfel gelten ausschließlich gepflückte, sortierte und in festen Gefäßen verpackte Äpfel. Wo gepflückte und sortierte Äpfel, die als Tafeläpfel Verwendung finden, ohne besondere Verpackung ortsüblich in Kähnen verladen werden, kann die untere Verwaltungsbehörde diese ausnahmsweise als Tafeläpfel anerkennen.

§ 2. Das Eigentum an Äpfeln außer an Tafeläpfeln (§ 1 Abs. 2) kann durch Anordnung der zuständigen Behörde einer von dieser bezeichneten Person übertragen werden. Die Anordnung ist an den Besitzer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht. Der von der Anordnung Betroffene ist verpflichtet, die Vorräte bis zum Ablauf einer in der Anordnung zu bestimmenden Frist zu verwahren und pflegerisch zu behandeln.

Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung der im § 1 festgesetzten Preise, sowie der Güte und Verwertbarkeit der Vorräte von der zuständigen Behörde festgesetzt. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig über Streitigkeiten, die sich aus der Anordnung ergeben.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den im § 1 bestimmten Preis überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrags auffordert, durch den der Preis (Nr. 1) überschritten wird, oder sich zu einem solchen Vertrag erzieht;
3. wer der Verpflichtung, die Vorräte zu verwahren und pflegerisch zu behandeln (§ 2), zuwiderhandelt.

Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 4. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, untere Verwaltungsbehörde und zuständige Behörde anzusehen ist.

§ 5. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf Äpfel, die aus dem Auslande eingeführt sind, keine Anwendung.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Kleinhandelspreise (§ 1 Abs. 1 letzter Satz) treten erst am 13. Oktober 1916 in Kraft.

Berlin, den 7. Oktober 1916.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über Höchstpreise für Äpfel. Vom 12. Oktober 1916.

Im Sinne der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Höchstpreise für Äpfel vom 7. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1143) ist höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuss, untere Verwaltungsbehörde in Städten der Oberbürger- oder Bürgermeister, in Landgemeinden die Großh. Bürgermeisterien, zuständige Behörde das Kreisamt.

Darmstadt, den 12. Oktober 1916.
Großherzogliches Ministerium des Innern
J. B.: Schliephake.

Betr.: Bezug von Torfsäuren.

Von der Reichsfuttermittelstelle, Berlin, wurde der Landesverteilungsstelle für Futtermittel in Darmstadt für die Monate November, Dezember nochmals ein Posten inländische Torfsäuren zur Verfügung gestellt und können Bestellungen, die bis zum 25. Oktober 1916

bei den örtlichen Verteilungstellen für Futtermittel eingereicht werden, noch Berücksichtigung finden. Später eingehende Bestellungen müssen zurückgewiesen werden.

Da die diesjährige Ernte einen empfindlichen Ausfall an verarbeitungsfähigem Torfboden, aus dem Torfsäuren hergestellt wird, ergeben hat, werden alle größeren Viehhalter — besonders solche der gewerblichen Betriebe — nochmals eindringlichst darauf hingewiesen, ihren Bedarf in Torfsäuren bis April bei der sich jetzt noch bietenden Gelegenheit zu decken.

Gießen, den 13. Oktober 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langemann.

Bekanntmachung

über Lieferung von Heu für das Heer. Vom 7. Oktober 1916.
Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für das Heer sind insgesamt 1 000 000 Tonnen Heu- und Kleheu aus der Ernte 1916 sicherzustellen und zu den im § 2 genannten Zeitpunkten abzuliefern.

§ 2. Es müssen abgeliefert sein:

bis zum	31. Oktober 1916	100 000 Tonnen,
" "	30. November 1916	100 000 "
" "	31. Dezember 1916	100 000 "
" "	31. Januar 1917	100 000 "
" "	28. Februar 1917	100 000 "
" "	31. März 1917	100 000 "
" "	30. April 1917	100 000 "
" "	31. Mai 1917	100 000 "
" "	30. Juni 1917	100 000 "
" "	31. Juli 1917	100 000 "

zusammen 1 000 000 Tonnen.

§ 3. Die zu liefernden Mengen werden vom Reichskanzler auf die einzelnen Bundesstaaten unter Zugrundelegung des Ergebnisses der im Juni 1915 vorgenommenen Anbauverteilung und eines durchschnittlichen Sekteretrans sowie unter Berücksichtigung der bei der Viehzählung am 1. Dezember 1915 festgestellten Kopfzahl von Pferden und Rindvieh verteilt.

Die Unterverteilung auf die Lieferungsverbände innerhalb der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens erfolgt durch die Landeszentralbehörden.

§ 4. Die Verpflichtung zur Sicherstellung der Lieferung und die Ablieferung der sichergestellten Vorräte an die Heeresverwaltung liegt den nach § 17 des Gesetzes über die Kriegseisführungen vom 13. Juni 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) gebildeten Lieferungsverbänden ob. Die Lieferungsverbände können sich zur Beschaffung der von ihnen geforderten Leistungen der Vermittlung der Gemeinden bedienen. Die Vorschriften in den §§ 6 und 7 des genannten Gesetzes finden dabei in folgender Maßgabe entsprechende Anwendung:

1. Bei freihändigem Anlauf durch den Lieferungsverband oder die Gemeinde darf die Vergütung für die Tonne inländisches Heu oder Grummet (Dehm) nicht übersteigen:

a) bei Heu von Auearten (Euzerne, Eparthe, Rothe, Gelbflee, Weißflee usw.) von mindestens 90 Mk.,

b) bei Heu- und Feldheu (Gemisch von Süßgräsern, Auearten und Futterkräutern) von mindestens 80 Mk.

Für gewehrtes Heu erhöht sich der Preis um 7 Mark für die Tonne.

Für Ware von minderer Art und Güte ist ein entsprechend niedrigerer Preis zu zahlen.

Die Preise erhöhen sich für Heu, das von dem Lieferungsverband oder der Gemeinde in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1917 zu liefern ist, um je 7,50 Mark für die Tonne, für Heu, das in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1917 zu liefern ist, um je 15 Mark für die Tonne.

2. Im Falle der zwangsweisen Herbeiführung der Leistung sind die nach Nr. 1 zu berechnenden Vergütungen um je 10 Mark für die Tonne herabzusetzen.

3. Die in Nr. 1 und 2 bezeichneten Höchstpreise schließen die Kosten der Beförderung bis zur nächsten Verladestelle oder der von der Heeresverwaltung bestimmten näheren Abnahmestelle sowie die Kosten des Einladens daselbst ein.

4. Der Lieferungsverband oder die Gemeinde erhält für Vermittlung und sonstige Unkosten eine Vergütung, die 6 Mark für die Tonne nicht übersteigen darf.

Bei Weigerung oder Säumnis des Lieferungsverbandes oder der Gemeinde ist die von der Landeszentralbehörde bestimmte Behörde berechtigt, die Leistung zwangsweise herbeizuführen.

§ 5. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung der Verordnung.

§ 6. Die Landeszentralbehörden treffen die erforderlichen Anordnungen über die Unterverteilung und Aufbewahrung der zu liefernden Heumengen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringens.

§ 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 7. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über Lieferung von Heu für das Heer. Vom 13. Oktober 1916.
Als Behörde, die auf Grund des § 4 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über Lieferung von Heu für das Heer vom 7. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1141) bei Weigerung oder

Säumnis des Lieferungsverbandes berechtigt ist, die Lieferung zwangsweise herbeizuführen, wird die Provinzialdirektion bestimmt.

Darmstadt, den 13. Oktober 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern,
J. B.: Schliephake.

Bekanntmachung

über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben. Vom 5. Oktober 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Die Wirksamkeit der Bekanntmachungen über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, vom 7. August 1914, 22. Oktober 1914, 21. Januar 1915, 22. April 1915, 22. Juli 1915, 21. Oktober 1915, 6. Januar 1916, 13. April 1916 und 13. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. 1914 S. 360, 449, 1915 S. 31, 236, 451, 679; 1916 S. 1, 273, 694) wird in der Weise ausgedehnt, daß an die Stelle des 31. Oktober 1916 der 31. Januar 1917 tritt.

Berlin, den 5. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung.

Betr.: Kartoffellieferungen.

Um weitere Anfragen zu vermeiden, bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß der Konsumatverband in den nächsten Tagen bedeutende Lieferungen nach auswärts im Auftrage der Landeskartoffelstelle zu erledigen hat und deshalb die Landwirte vorerst mit der Erledigung dieser Lieferungen beschäftigt sind. Die Bezugsscheine müssen deshalb kurze Zeit zurückstehen, da es einfach unmöglich ist, allen Ansprüchen zu gleicher Zeit gerecht zu werden.

Gießen, den 16. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langermann.

Betr.: Kartoffelernte.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden
des Kreises.

Auf Anordnung des Kriegsministeriums und des stellv. Generalkommandos des XVIII. Armeekorps ist mit allen Mitteln unter Hinzuhilfe aller Arbeitskräfte für Einbringung der Kartoffelernte vor Frosteintritt zu sorgen. Wir weisen auf unser Ausschreiben vom 11. Oktober 1916 (Kreisblatt Nr. 196) nachdrücklich hin. Die Truppenteile sind angewiesen, jede mögliche Hülfe mit Arbeitskräften und Pferden zu leisten.

Gießen, den 17. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Hülfsfrächten.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden
des Kreises.

Wir erinnern an die alsbaldige Erledigung unserer Umbruchverfügung vom 18. August 1916.

Gießen, den 16. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Lehrerkonferenz.

An die Schulvorstände der Landgemeinden des Kreises.

Mittwoch den 25. Oktober ff. 1916, vormittags 10¹⁵ Uhr, soll eine gemeinsame Konferenz für die Bezirke Grünberg, Hungen, Lich und Siegen-Land im Schulhause der Stadtmädchenschule (Schallerstr.) zu Gießen mit der folgenden Tagesordnung stattfinden:

1. Der neue Lehrplan für den evang. Religionsunterricht; Berichterstatter: die Herren Lehrer Sommer zu Inheim und Welter zu Nonnenroth;

2. Mitteilungen des Kreisamtsinspektors.

Sie wollen den Lehrern von Vorstehendem alsbald Kenntnis geben.

Gießen, den 16. Oktober 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Nieder-Bessingen; hier Drainagen.

In der Zeit vom 30. Oktober bis einschließlich 6. November 1916 liegen auf Großh. Bürgermeisterei Nieder-Bessingen die Ausschläge der Binsen für Drainagelosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses innerhalb der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Gr. Bürgermeisterei Nieder-Bessingen schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 10. Oktober 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär
Schnittspahn, Regierungsrat.